



Die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig machen

Herausforderungen und Chancen einer
inklusive Reform unseres Wachstumsmodells

Die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig machen

Herausforderungen und Chancen einer inklusiven
Reform unseres Wachstumsmodells

Autoren

Manuel Gath und Dr. Bastian Jantz, Das Progressive Zentrum
Armando García Schmidt, Bertelsmann Stiftung

Januar 2018

Abstract

Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft waren über 60 Jahre Garant für Stabilität und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Fundament für den Wohlstand der Menschen in Deutschland, der heute so groß ist wie nie zuvor.

Gerade in wirtschaftlich guten Zeiten sollte sich Deutschland jedoch nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. Denn auch wenn der gesamtgesellschaftliche Wohlstand heute so groß wie nie zuvor ist: Immer mehr Unterschiede tun sich auf, Wohlstandsgewinne kommen nicht mehr überall an. Und auch das deutsche Wachstumsmodell steht vor enormen Herausforderungen. Das international viel diskutierte Konzept eines Inklusiven Wachstums könnte Deutschland helfen, das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft in einem sich wandelnden Umfeld mit neuem Leben zu erfüllen.

Doch wie steht es heute mit den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft? Auf welchen Feldern ist die Soziale Marktwirtschaft – vom Verständnis ihrer Begründer ausgehend – heute herausgefordert? Und in welchem Bezug steht das Konzept Inklusiven Wachstums zu diesen Herausforderungen? Das sind die Leitfragen des vorliegenden Diskussionspapiers.

Abstract

For over 60 years, the principles underlying Germany's social market economy have ensured the stability and performance of the country's economy. They have also served as the foundation for the prosperity people in Germany have experienced – prosperity that has never been as great as it is today.

Yet Germany should not rest on its laurels, especially when times are good. Even if the country is generally more prosperous than ever before, disparities are increasingly evident and not everyone is sharing in the economic gains. Moreover, growth models, even Germany's, face enormous challenges. Inclusive growth, a concept that has been much discussed on the international level, could help the country revitalize the promise inherent in its social market economy at a time when its surrounding environment is changing rapidly.

How are the social market economy's basic principles holding up? In which areas is the social market economy – as understood by its founders – challenged by conditions today? And how are those challenges impacting possibilities for inclusive growth? Those are the main questions addressed by this discussion paper.

Inhalt

1	Einleitung	7
2	Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft	8
3	Politische Gestaltungsfelder unter dem Brennglas	12
	Wettbewerb und Rolle des Staates	12
	Eigentum und Besteuerung	13
	Soziale Inklusion und Beschäftigung	14
4	Inklusives Wachstum als Chance für eine Neujustierung der Sozialen Marktwirtschaft?	18
5	Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft in der Übersicht	20
	Wettbewerb und Rolle des Staates	20
	Eigentum und Besteuerung	20
	Soziale Inklusion und Beschäftigung	21
	Ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit	22
6	Literatur	23

1 Einleitung

Der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik und die Entwicklung unseres Wohlfahrtsstaates seit Kriegsende sind untrennbar mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verbunden. Von einem der gedanklichen Väter, Alfred Müller-Armack, stammt die Aussage: „Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“ (Müller-Armack 1956: 390). Die Grundidee ist eine ordnungspolitische Markt- und Wettbewerbsgestaltung, in der wirtschaftliches Wachstum und sozialer Ausgleich Hand in Hand gehen. Wettbewerb in Form von Marktkonkurrenz soll Machtkonzentration verhindern, Wohlstand generieren und Beschäftigung sichern.

Der Nachkriegsdiskurs über die Soziale Marktwirtschaft ging aber über den sich so definierenden Ordoliberalismus im engeren Sinn hinaus und schloss z. B. auch Ansätze aus der christlichen Soziallehre mit ein. So gelang es nach dem Zweiten Weltkrieg, in einer Phase erheblicher Marktskepsis eine marktwirtschaftliche Ordnung durchzusetzen. Dabei ist klar: Die Anforderungen an dieses Modell waren schon immer wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Natur.

Es handelt sich bei der Sozialen Marktwirtschaft nicht um ein am Reißbrett entworfenen Konzept, sondern um das Ergebnis einer wirtschaftshistorischen und gesellschaftspolitischen Entwicklung. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich jedoch nicht nur die Struktur unserer Erwerbsgesellschaft verändert; wir beobachten vermehrt sowohl Entwicklungen, die das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft herausfordern als auch Dysfunktionalitäten von Märkten, die das marktwirtschaftliche Ordnungsdenken auf vorher nicht gekannte Weise herausfordern. Drei Prozesse seien hier genannt:

- 1) Seit Jahren sehen wir eine wachsende soziale Ungleichheit, die spätestens durch die jüngste Finanzkrise, international in die öffentliche Wahrnehmung gerückt ist. Auch in Deutschland hat sich die Beziehung zwischen Wachstum und sozialer Teilhabe seit 1991 zusehends entkoppelt.
- 2) Der demographische Wandel sowie Veränderungen der Erwerbsbiographien und Beschäftigungsformen fordern unsere Sozialversicherungssysteme heraus.
- 3) Neue Entwicklungen wie die fortschreitende Digitalisierung mit der Herausbildung völlig neuer Unternehmens- und Organisationsformen stellen althergebrachte Produktionsmodelle und Regulierungsansätze in Frage.

All das zeigt, wie drängend die Frage nach einer Anpassung und Neujustierung der Sozialen Marktwirtschaft derzeit ist. Doch was ist *die* Soziale Marktwirtschaft eigentlich?

2 Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft ist zunächst ein Beispiel für ein erfolgreiches Narrativ und Leitbild. Jahrzehntlang wurde ein ökonomisches Wachstums- mit einem sozialen Wohlfahrtsversprechen verknüpft und der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ somit im kollektiven Bewusstsein der Deutschen positiv konnotiert – mitunter auch losgelöst von konkreten politischen Initiativen oder Inhalten. Diese breite, wenngleich auch divers konnotierte Verwendung des Begriffs im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik ist Anlass, die Ursprünge des Begriffs und des Modells, das es ursprünglich bezeichnet hat, aufzuarbeiten.

Bei der Sozialen Marktwirtschaft handelt es sich nicht um ein geschlossenes Konzept oder einen vollständigen Wirtschaftsentwurf, sondern um eine Verknüpfung wirtschaftstheoretischer Ideen und sozialpolitischer Ansätze mit jeweils unterschiedlichem Ursprung. Wirtschaftstheoretischer Ausgangspunkt der Sozialen Marktwirtschaft ist in erster Linie der Ordoliberalismus der sogenannten „Freiburger Schule“. Nach Jahren der staatlichen Wirtschaftssteuerung und Preiskontrolle während der NS-Diktatur genossen die marktwirtschaftlich orientierten Ideen der liberalen Ökonomen und Juristen, von denen sich einige aktiv am Widerstand beteiligt hatten oder im Exil gewesen waren, das Vertrauen der Alliierten (vgl. van Suntum et al. 2012). Besonders die Amerikaner waren an einigen richtungsweisenden Entscheidungen für die wirtschaftliche Nachkriegspolitik maßgeblich beteiligt (vgl. Buchheim 2007: 9).

Die Kernelemente des Ordoliberalismus lassen sich am Beispiel von Walter Eucken am anschaulichsten skizzieren. Er entwickelte insgesamt elf Prinzipien, die schlagwortartig lauten: offene Märkte, stabiles Preissystem, Primat der Währungspolitik, Monopolkontrolle, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung, wirtschaftspolitische Konstanz, Einkommens(steuern)politik, Korrektur externer Effekte und Arbeitsschutz mit Blick auf anomale Arbeitsverhältnisse (vgl. Eucken 1952).

War das soziale Element in Euckens Ideengebäude noch schwächer ausgeprägt, so fanden doch Grundbestandteile der christlichen Soziallehre Einzug in die wirtschaftspolitische Konzeption und sicherten mit dieser Komponente langfristig die Zustimmung der Bevölkerung. Der Unterschied zu einem Laissez-Faire-Liberalismus und die klare Option für eine aktive Sozialpolitik kommt in den beiden Grundprinzipien des Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzips zum Ausdruck, die ebenfalls konstituierend für die Soziale Marktwirtschaft sind. Der Ausgleich sozialer Spaltung, die Sozialbindung des Eigentums und die Pflicht des Staates, soziale Missstände zu beseitigen, sind tragende Komponenten der katholischen Soziallehre (vgl. Günther 1970: 45–61).

Politische Unterstützung fanden die ordoliberalen Ideen in Ludwig Erhard, dem ersten Wirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler der Bundesrepublik, ebenso in Leonard Miksch, Abteilungsleiter unter Erhard in der „Verwaltung für Wirtschaft“ (dem Vorläufer des Bundeswirtschaftsministeriums) und Alfred Müller-Armack, späterer Grundsatzabteilungsleiter im Wirtschaftsministerium unter Erhard (vgl. Tietmeyer 2010). Besonders der Ökonom Müller-Armack war es, der einen größeren Wert auf staatliche Sozialpolitik legte, als es z. B. Eucken tat (vgl. Shupe 2012: 3).

Die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft ruht somit auf zwei Säulen: funktionierender Marktwettbewerb und eine auf Teilhabe und Beteiligung hin orientierte staatliche Sozialpolitik, die auch offensichtliche Missstände wie absolute Armut aktiv bekämpft. Im Sinne der ersten Säule installierte die junge Bundesrepublik Ende der 1950er Jahre Mechanismen, die den Wettbewerb ermöglichen und sichern. Das bedeutete, sowohl einen möglichst freien Markt zu garantieren, als auch die dem kapitalistischen Wirtschaften innewohnende Tendenz zur Konzentration (beispielsweise durch Fusionen) so zu regulieren, dass der Wettbewerb erhalten bleibt. Dieser Gedanke wurde vor allem im 1957 verabschiedeten „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung“ festgeschrieben.

Die zweite Säule wurde einerseits über die Sozialsysteme, andererseits über das Tarifvertragssystem gewährleistet. Dies führte zu einer zunehmenden sozialen Sicherheit, denn Kranken- und Rentenversicherung, Arbeitslosenhilfe usw. schützten nun die lohnabhängig Beschäftigten vor individuell unverschuldeten und durch die Betroffenen nicht auffangbaren Einkommensausfällen. Mit der Sozialpartnerschaft, im Kern der Aushandlung der Tarife und Arbeitsbedingungen durch Gewerkschaften, und dem Prinzip der Mitbestimmung in der Betriebsverfassung relativierte sich schließlich auch die prinzipielle Machtasymmetrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Unter Ökonomen häufig auch als „Rheinischer Kapitalismus“ bezeichnet, ist es doch der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“, der diskursiv mit der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands verknüpft wird. Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist dabei auch als Antwort auf die Systemkonkurrenz zwischen dem westdeutschen Kapitalismus und dem staatsgelenkten Wirtschaftssystem im zweiten deutschen Staat, der DDR, zu verstehen.

Betrachtet man nun die ökonomischen, kirchlichen und politischen Grundlagen der konstituierenden Prinzipien aus aktuellerer Perspektive, so ergeben sich im Wesentlichen vier Themenfelder, denen die unterschiedlichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zugeordnet werden können.

Wettbewerb und Rolle des Staates: Ein effizientes und vor allem wettbewerbsorientiertes Preissystem und dazugehörige offene Märkte sind unverzichtbare Voraussetzungen für eine wettbewerbsorientierte Marktallokation. Begleitet werden soll dieser Umstand von einer effektiven Gesetzgebung zur Sicherung eines fairen Wettbewerbs ohne Kartelle, Monopolbildung und Preisabsprachen oder sonstigen Marktmachtmissbrauch. Die Rolle des Staates äußert sich aber nicht nur in der Rahmensetzung und der Kontrolle offenen Wettbewerbs, sondern auch in seiner Investitionstätigkeit (Bildung, Infrastruktur), mit der er die Voraussetzungen für die Wirtschaftstätigkeit aufsetzt. Geldpolitik wiederum sollte unabhängig und frei von politischem Einfluss sein, um nachhaltige Preisstabilität zu gewährleisten.

Eigentum und Besteuerung: Privateigentum und dessen rechtliche Sicherung sind ein weiterer Grundpfeiler wirtschaftlicher Tätigkeit. Effiziente Eigentumsrechte beinhalten aber ebenso eine mit dem Eigentümer verbundene Haftung und eine gemeinwohlorientierte Sozialbindung des Eigentums. Zur Korrektur externer Effekte sowie zur Gewährleistung sozialen Ausgleichs sind staatliche Eingriffe in Form von Subventionen (wenn private Anreize

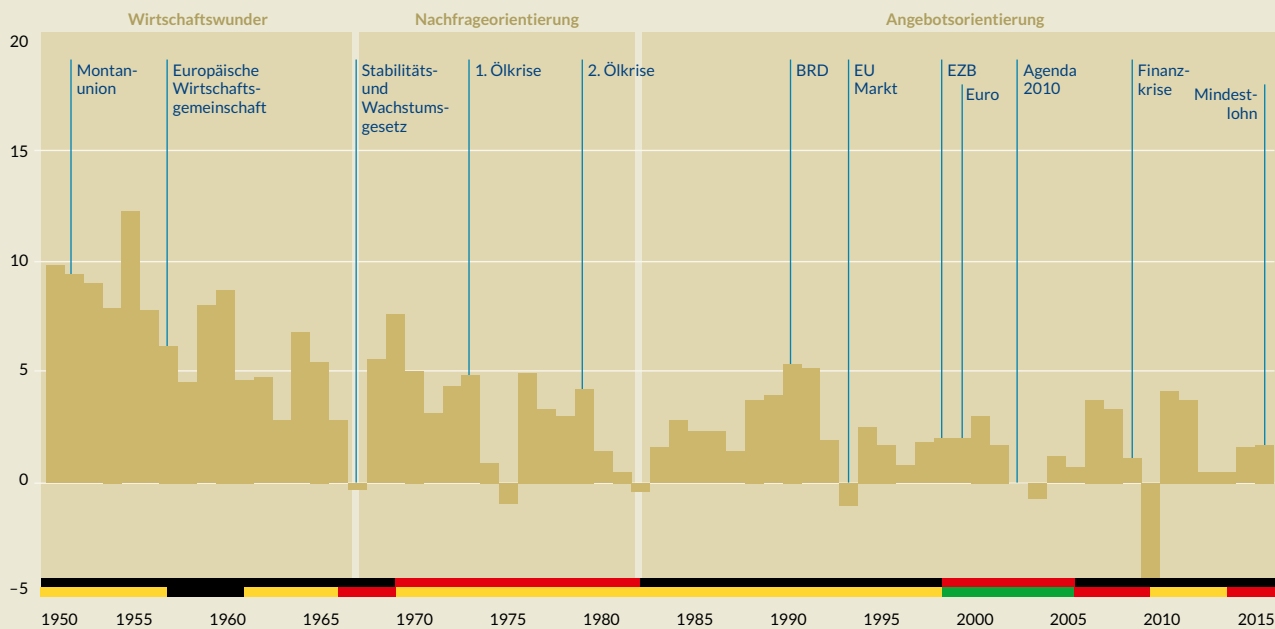
zu schwach sind) und Besteuerung (z. B. progressive Einkommenssteuersätze) möglich. Damit ist auch ein staatlicher Auftrag zur Umverteilung verbunden.

Soziale Inklusion und Beschäftigung: Die gesellschaftlichen Variablen und die Sozialstruktur der Bundesrepublik haben sich von allen Parametern seit Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft am stärksten verändert. Ging es vormals um den Ausgleich sozialer Härtefälle auf einem unvollkommenen Arbeitsmarkt, so sind die Anforderungen im Sinne sozialer Eingliederung, effektiver Arbeitsmärkte und der damit zusammenhängenden sozialen Teilhabe im Lebensverlauf komplexer und herausfordernder geworden. Sozialpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft ist Gesellschaftspolitik geworden. Chancengerechtigkeit und Aufstiegsmobilität vor allem durch das Bildungssystem sind zentrale Punkte. Förderung zur Selbsthilfe hängt mit der Idee des aktivierenden und vorsorgenden Sozialstaates zusammen. In Ergänzung zur steuerlichen Umverteilung spielt die Verringerung immer stärker werdender Einkommens- und Vermögensungleichheiten eine große Rolle.

Ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit: Das Agieren in und mit offenen Märkten setzt Kapital- und Investitionsbewegungen voraus. Kontinuität, Zuverlässigkeit und Zeitkonsistenz im Sinne wirtschaftspolitischer Konstanz bilden eine passende Anreizstruktur für Handelspartner, Anleger und Investoren. Ein rasanter Anstieg der Staatsverschuldung ohne entsprechend langfristigen Investitionsgegenwert würde dem z. B. widersprechen. Mit der Diskussion einer Internalisierung externer Effekte hat Eucken bereits erste Ansätze späterer Umweltpolitik diskutiert. Ökologische Nachhaltigkeitsregeln bewegen sich dabei im Spannungsfeld zwischen staatlicher Regulierung oder Marktinstrumenten und schlagen einen Bogen zur marktorientierten Gesetzgebung.

So lassen sich die historischen und theoretischen Prinzipien anhand zeitlicher Weiterentwicklung und veränderter Rahmenbedingungen aktuell fassen. Dass die Soziale Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit bis 1973 zu einer Verdreifachung der durchschnittlichen individuellen Realeinkommen beitrug, ist einer der Gründe, weshalb sie als Narrativ bis heute so nachhaltig eng mit dem sogenannten „Wirtschaftswunder“ und der Steigerung individueller Wohlfahrt verknüpft ist. Flankiert wurde diese Entwicklung durch die stetige Stärkung der organisierten Arbeitnehmerschaft – z. B. durch Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie sowie die Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetze – und durch den Ausbau bzw. die Erhöhung von Sozialleistungen – z. B. Einführung des Kinder-

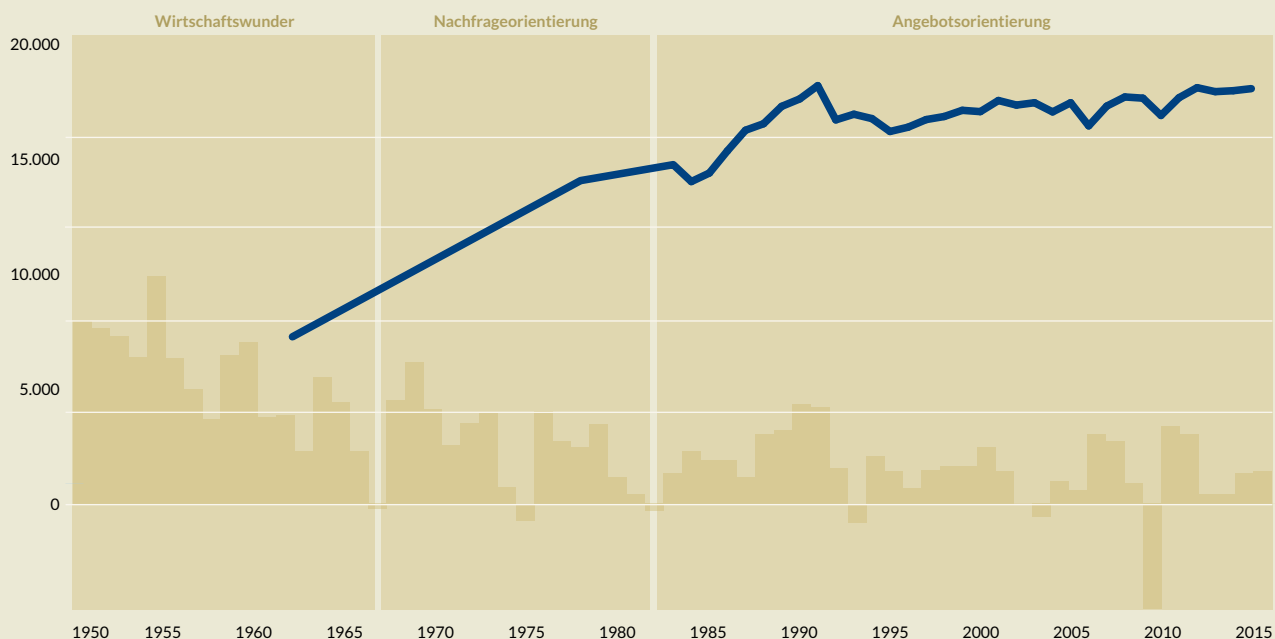
ABBILDUNG 1: Wirtschaftswachstum in Deutschland, 1950 - 2015



■ Veränderung preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt zum Vorjahr, in Prozent ■ ■ ■ Regierungskoalitionen
 Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017e.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 2: Indikator für inklusives Wachstum, 1962 - 2014



— Korrigiertes BIP pro Kopf, in Euro ■ Veränderung preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (- 5 bis +20 Prozent – siehe Abbildung 1, Seite 10)
 Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017e.

| BertelsmannStiftung

geldes, umfangreiche Rentenerhöhung, Einführung der Pflegeversicherung. (vgl. Wehler 2008: 73–76, vgl. auch Bertelsmann Stiftung 2017e).

Insbesondere der fortschreitende Ausbau des Sozialstaates, ein Dorn im Auge vieler ordoliberalen Ökonomen, war auf fortlaufend steigende Wachstums- und Geburtenraten ausgelegt. Die Ölkrise der 1970er Jahre, die angebotsorientierte Wende der 1980er Jahre, die deutsche Wiedervereinigung 1989 und die voranschreitende und andauernde Globalisierung haben die globalen Rahmenbedingungen, in die die deutsche Wirtschaft eingebettet ist, teilweise radikal verändert. Die Europäische Integration hat im Bereich Binnenmarkt auch hierzulande für ein Mehr an Liberalisierung und Marktzugängen gesorgt. Zeitgleich haben die Agenda-Reformen der 2000er Jahre umfangreiche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik zur Folge gehabt.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Soziale Marktwirtschaft als überaus robust und anpassungsfähig, wenn man den Kernindikator wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP), in den Blick nimmt. Zwischen 1950 und 2015 ist das BIP im Schnitt um 3,3 Prozent pro Jahr gewachsen. Externe Schocks wie die Ölkrise der 1970er Jahre oder die Finanzkrise 2009 führten zu negativem Wachstum, das jedoch in jedem Fall nicht länger als ein Jahr dauerte. Doch der Wachstumsmotor kühlt sich langfristig ab. Von 1949 bis 1966 wuchs die Wirtschaft um durchschnittlich 6,85 Prozent pro Jahr – im Vergleich zu einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 3,30 Prozent über den gesamten Zeitraum 1950 bis 2015. (vgl. Abb. 1).

Das Wachstum nimmt nicht nur ab. Auch entkoppeln sich Wachstum und zentrale Teilhabaspekte zusehends, wie der Indikator für inklusives Wachstum zeigt. Während sich Wachstum, zentrale Ungleichheitsmaße und das Armutsrisiko bis 1991 im Gleichschritt entwickelt haben, geht die Entwicklung ab Anfang der 1990er Jahre auseinander. Das Pro-Kopf-Einkommen nimmt zu, zentrale Ungleichheitsmaße und Armutsrisiko verharren auf hohem Niveau (siehe Abb. 2).

Dies spiegelt sich auch in der Wahrnehmung der Menschen wider. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach von 2014 glaubten acht von zehn Menschen, dass es in den nächsten zehn Jahren immer schwieriger wird, die soziale Absicherung auf dem heutigen Niveau zu halten und dass immer mehr Menschen wirtschaftlich und gesellschaftlich zurückfallen. Drei Viertel der Befragten

sehen ein ernstes Problem darin, wenn der Abstand zwischen Ober-, Mittel- und Unterschicht wächst. Dass die Wohlstandsschere weiter auseinandergeht, wird sogar als größtes Risiko für die Zukunft gesehen (vgl. Köcher 2015). Zudem sind drei Viertel der Deutschen der Meinung, dass Unternehmensgewinne ungerecht verteilt werden (vgl. Statista 2015). Nur 38 Prozent der Befragten beantworten 2017 die Frage, ob sie eine gute Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft haben, mit ja. (vgl. Statista 2017).

Die Frage, die man sich nun stellen muss, lautet schlicht: Hält die Soziale Marktwirtschaft noch, was sie verspricht?

3 Politische Gestaltungsfelder unter dem Brennglas

Die Soziale Marktwirtschaft steht heute vor sehr viel grundsätzlicheren Anpassungsnotwendigkeiten als in den zurückliegenden Jahrzehnten. Wir leben in einer Welt nie gekannten rasanten Wandels: Megatrends wie Globalisierung, Digitalisierung, demographischer Wandel oder soziale Ungleichheit treiben Veränderungsprozesse an, die unsere Welt nicht nur komplexer, unberechenbarer und krisenanfälliger machen. Sie stellen sehr konkret die Fundamente unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unsere Instrumente sozialen Ausgleichs und sozialer Teilhabe auf den Prüfstand.

Doch was bedeutet das konkret und im Detail für die herausgearbeiteten Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland? Welchen Entwicklungen und Herausforderungen sieht sie sich gegenüber? Vor allem die ersten drei oben genannten Themenfelder der Sozialen Marktwirtschaft verdienen eine kritische Überprüfung anhand aktueller Veränderungen. In der Praxis zeigt sich, wie eng die (theoretischen) Grundprinzipien miteinander verbunden sind.

Wettbewerb und Rolle des Staates

War eine stabile und unabhängige Währungspolitik für die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft noch notwendige Bedingung für ein effizientes Preissystem, so hat spätestens die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung der EU die Währungsautonomie des deutschen Staates ersetzt. Im Zuge der Finanzkrise mit dem langwierigen Zögern nationaler Regierungen und der Ausweitung des Ankaufs von Vermögenswerten (in Höhe von 60 Mrd. Euro monatlich) als Antwort der EZB (vgl. EZB 2015) darauf kann man diskutieren, ob die europäischen Währungshüter ihr Mandat überschreiten oder noch politische Unabhängigkeit bewahren. Es ist unbestritten, dass die EZB mittlerweile selbst zu einem starken politischen Player mit globaler Wirkung aufgestiegen ist.

Die Relevanz der Monopolkontrolle in Deutschland bleibt ungebrochen. Die Ministerentscheidung gegen das Votum

der deutschen Monopolkommission im Fall der Edeka-Kaisers-Tengelmann-Fusion (vgl. Jahberg 2016) ist ein Beispiel für eine Entwicklung, die sich auf andere Bereiche ausdehnt. Immer häufiger kommt es zu Marktkonzentrationen, die dem Gebot eines weitreichenden Wettbewerbs in Teilen nur noch bedingt entsprechen. Auch die für Deutschland so wichtige Automobilindustrie zeigt sich, wie aktuelle Vorwürfe offenlegen, scheinbar nicht immun gegen die Versuchung, Märkte durch Absprachen zu manipulieren.

Eine ganz andere Dimension erhält die Frage nach funktionsfähigen Märkten heute zusätzlich mit Blick auf die digitale Revolution. Vor allem in der Plattformökonomie haben globale Player wie Amazon, Alphabet, YouTube oder Apple bedenkliche – globale – Größen und eine extreme Marktmacht erreicht. Das Problem scheint politisch erkannt worden zu sein. Die Europäische Kommission sprach im Juni 2017 die höchste bisher da gewesene Kartellstrafe gegen das Internetunternehmen Google aus. Die Mehrzahl der politischen und administrativen Akteure weiß jedoch noch nicht wirklich, wie mit der Entwicklung umzugehen ist bzw. steht vor erheblichen logistischen und rechtlichen Anforderungen (vgl. Budras 2014).

Die quasi-monopolistischen Plattformriesen füllen jedoch neuerdings vermehrt Lücken, deren Existenz ähnlich problematisch ist: Sie investieren in Forschung, Entwicklung und (digitale) Infrastruktur. Im Gegensatz dazu liegt seit der Jahrtausendwende die nominale staatliche Investitionsquote Deutschlands kontinuierlich und zum Teil erheblich unter dem OECD-Durchschnitt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2017a). Vom selbstgesteckten Ziel (drei Prozent des BIP jährlich) ist man fortwährend entfernt. Das betrifft nicht nur den Bund, sondern insbesondere auch die Kommunen. Allein deren Investitionsrückstand betrug 2013 knapp 113 Milliarden Euro (vgl. BMWi Expertenkommission 2015; Bertelsmann Stiftung 2017b). Dies wirft die Frage auf, wie innovations- und wettbewerbsfähig eine Volkswirtschaft auf Dauer sein kann, die nicht ausreichend in Bildung, Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen investiert.

Eigentum und Besteuerung

Die Garantie von Eigentumsrechten ist untrennbar mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft verbunden. Die wohl nachhaltigsten Umwälzungen für unser Verständnis von Eigentum und dessen Regulierung erfolgt nun im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung. Die sogenannte „Sharing Economy“ ist in den letzten Jahren zu einem boomenden Wirtschaftsfaktor geworden. Unternehmen und Start-ups generieren hohe Investitionen in ihre Geschäftsmodelle. Wo die einen schon das Ende des Kapitalismus herbeisehen (vgl. Rifkin 2014), sehen andere etablierte und erkämpfte Mindeststandards für Arbeit, Beschäftigung und Entlohnung gefährdet (vgl. Dettmer und Sauga 2014).

So wird etwa auf der einen Seite geradezu euphorisch argumentiert, dass die gemeinschaftliche Nutzung von Fahr-, Werk- und Spielzeugen, Gebäuden, Geräten und Maschinen, Kleidung, Nahrungsmitteln und Software ein enormes Potenzial für Ressourceneinsparung und Umweltentlastung biete und sozialen Zusammenhalt durch Kooperation stifte. Hier wird dem Sharing-Modus, der im gesellschaftlichen Alltag an die Stelle kompetitiver Grundorientierungen treten soll, eine transformative und letztlich systemüberwindende Kraft zugeschrieben. Als Resultat ergibt sich nichts Geringeres als das Ende der Marktwirtschaft, wie wir sie kennen (vgl. Mason 2016).

Ganz anders beurteilt eine ungewöhnliche Koalition aus berufsständischen Verbänden sowie Verbraucher- und Datenschützern die Sharing Economy. Im Plattformkapitalismus drohe die Erosion sozialstaatlicher Errungenschaften und eine allumfassende Entsolidarisierung der Gesellschaft – also das exakte Gegenteil dessen, was die Sharing-Optimisten ersehnen. Mittelständische Unternehmen, etwa des Taxi- oder Hotelgewerbes, sehen sich durch ungleiche Regulierung in einen ruinösen Wettbewerb getrieben und in ihrer Existenz bedroht. Verbraucher- und Datenschützer wiederum verweisen auf mangelnde Sicherheitsstandards, mangelnden Versicherungsschutz und allzu freigiebigen Umgang mit persönlichen Daten.

Staatliche Stellen haben mit Investitionen und Forschung in der Vergangenheit den Grundstein für die moderne digitale Infrastruktur gelegt, ohne davon heute in besonderem Maße zu profitieren (vgl. Mazzucato 2013). Der traditionelle Umgang mit Unternehmensstrukturen macht es Firmen der Plattformökonomie leicht, sich einer notwendigen gesellschaftlichen Verantwortung durch Unternehmenssitzverlagerungen finanziell zu entziehen. Hinzu kommt, dass in der digitalen Plattformökonomie die totale Dominanz eines

Anbieters auf immer mehr Märkten von der Ausnahme zur Regel wird (vgl. Paunov und Guellec 2017).

Plattformdominanz kann sich sehr schnell entwickeln, während politische Regulierungsprozesse bislang nur langsam voranschreiten. Immer häufiger zeigt sich zudem, dass unser Urheberrecht mit der Geschwindigkeit der Digitalisierung nicht mithalten kann. Betroffen ist vor allem geistiges Eigentum in einer Zeit, in der digitale Kopien an der Tagesordnung sind und Informationsflüsse weiter beschleunigt werden. Es gibt demnach erheblichen Gestaltungsbedarf, den relevante Akteure der Sozialen Marktwirtschaft bedienen müssen. Paradoxerweise entzieht sich der Gesetzgeber in Deutschland häufig dieser Verantwortung und reagiert oft nur auf gerichtliche Urteile, die auf Basis bestehender und nur bedingt anpassungsfähiger Gesetzgebung beruhen. Ziel muss es daher sein, einen lernenden Ordnungsrahmen zu schaffen, der Wettbewerb und Gemeinwohlorientierung auch in der Plattformökonomie garantiert, die fiskalischen Interessen des Staates berücksichtigt, aber auch offen genug ist, um auf technische und soziale Innovationen reagieren zu können (vgl. Dörr und Goldschmidt 2016).

In Feldern, in denen die Sharing Economy gemeinwohlorientiert organisiert ist, hat Politik die Aufgabe, dies zu fördern und zu stabilisieren. Wo *Sharing* jedoch eine gewinnorientierte Wirtschaftsaktivität wie jede andere ist, muss der Staat durch adäquate Regulierung Wettbewerbsfairness, Steuergerechtigkeit und die Einhaltung von Sozial-, Sicherheits- und Umweltstandards garantieren.

Einen besonderen Streitfall von Eigentum stellen Erbschaften dar. In den kommenden zehn Jahren wird so viel Vermögen in Deutschland vererbt wie noch nie. Die Nachkriegsgeneration, die in den Jahrzehnten des Aufschwungs von hohen Renditen, Lohnsteigerungen und Rentenerhöhungen profitiert hat, wird innerhalb der kommenden Dekade gesamtgesellschaftlich schätzungsweise zwei bis vier Billionen Euro weiterreichen (vgl. Friedrichs 2015). Es gilt zu klären, was das für die Sozialstruktur Deutschlands bedeutet und inwiefern hier gesellschaftliche Ungleichheiten über Generationen hinweg verfestigt werden.

Schlussendlich berühren Bestrebungen, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, eine Grundfrage wirtschaftspolitischer Ausrichtung. Der Streit um die „Schwarze Null“ im Bundeshaushalt ist sowohl vor dem Hintergrund des beschriebenen Investitionsstaus als auch im Hinblick auf die Tatsache zu sehen, dass der deutsche Staat derzeit das höchste Steueraufkommen aller Zeiten verwaltet.

Soziale Inklusion und Beschäftigung

Soziale Sicherungssysteme bilden den historischen Kern unseres Sozialstaats und sind elementar für den sozialen Ausgleich innerhalb unseres marktwirtschaftlichen Modells. Die demographische Entwicklung stellt die deutschen beitrags- und umlagefinanzierten Versicherungssysteme jedoch vor Probleme: Prognosen gehen davon aus, dass ab 2030 jeder Rentenjahrgang doppelt so groß sein wird wie der Jahrgang der Berufseinsteiger (vgl. Klingholz 2016). Folglich müssen immer weniger Menschen immer mehr leisten, um bestehende und zukünftig wachsende Versicherungsansprüche zu finanzieren. Sich zunehmend ausdifferenzierende und unterbrochene Erwerbsbiographien sind eine weitere Herausforderung insbesondere für die Arbeitslosen- und Rentenversicherung, vor allem im Bereich niedriger Erwerbseinkommen (Bertelsmann Stiftung 2017c). Dabei stellt sich grundsätzlich die Frage, wie inklusiv und vor allem leistungsfähig unsere Sozialversicherungssysteme heute noch sind. Langfristig muss eine Lösung gefunden werden, die Leistungskürzungen auf der einen und individueller Belastungserhöhung auf der anderen Seite entgegenwirkt.

Die zitierten Meinungsumfragen belegen, dass Vermögens- und Lohnungleichheit in Deutschland seit geraumer Zeit als steigend wahrgenommen wird. Die Einkommens- und Vermögenskonzentration im oberen Teil der Gesellschaft nimmt auch tatsächlich zu. 2014 besaß die untere Hälfte der privaten Haushalte in Deutschland 2,5 Prozent des Nettovermögens, das obere Zehntel hingegen 59,8 Prozent. Insgesamt liegt das Medianvermögen unterhalb des Eurozonen-Durchschnitts (vgl. Deutsche Bundesbank 2016: 61–86, vgl. auch Bertelsmann Stiftung 2017d).

Die allgemeine Lohnentwicklung bestätigt den Eindruck einer Schieflage ebenfalls. Für die kommenden Jahre können zwar allgemeine Lohnsteigerungen erwartet werden, diese fallen für höhere Einkommensklassen aber im Schnitt höher aus als für niedrige. Zudem kommen Lohnerhöhungen nicht jedem Arbeitnehmer einer Einkommensgruppe in gleichem Anteil zu. Vielmehr lässt sich eine stärker werdende Lohnspreizung zwischen exportorientierten Sektoren wie Chemie und Fahrzeugbau auf der einen sowie Dienstleistungsbranchen, besonders Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen, auf der anderen Seite, beobachten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015). Insgesamt ist zu konstatieren, dass sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen trotz der Finanzkrise schneller entwickelt haben als die Bruttolöhne (vgl. Abb. 3).

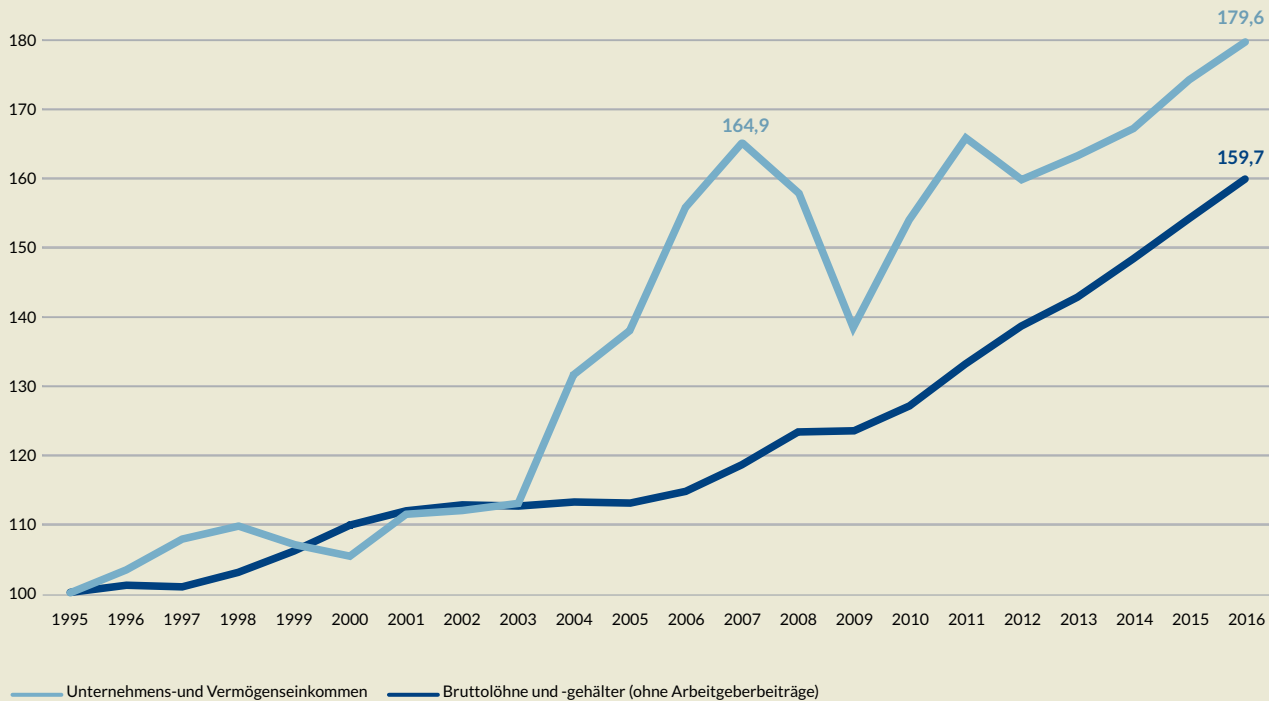
Auch die organisierte Arbeitnehmerschaft unterliegt einem stetigen Wandel. Für Gewerkschaften hat sich der wirtschaftliche Wandel im Laufe der Zeit zu einer Mitglieder- und Repräsentationskrise ausgeweitet. Spartengewerkschaften wie Cockpit oder die GdL fordern die inklusive Solidarität bspw. der im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Zusammenschlüsse heraus (vgl. Schröder 2014). Darüber hinaus ist die Tarifbindung kontinuierlich rückläufig (vgl. Abb. 4).

Die Beschäftigungsstruktur in Deutschland ist nicht zuletzt auch durch die Agenda-Reformen nachhaltig verändert worden. Von 1991 bis 2010 stieg der Anteil atypischer Beschäftigung am gesamten Beschäftigungsvolumen von 12,4 auf 22,4 Prozent an, während der Anteil von Normalarbeitsverhältnissen im gleichen Zeitraum um knapp zwölf Prozent auf 66 Prozent zurückging (vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2012). Das schließt nicht nur den Niedriglohnssektor mit ein, sondern auch einen Anstieg von Teilzeitbeschäftigung und eine Ausweitung von Zeitarbeit (vgl. Abb. 3).

Hinzu kommt, dass sich im Zuge der Digitalisierung neue Tätigkeitsformen wie Click- und Crowdworker entwickelt haben, die im Internet als „digitale Tagelöhner“ Arbeiten für wechselnde Auftraggeber ausüben (vgl. Schmidt und Strube 2015). Bei den Tätigkeiten handelt es sich sowohl um repetitive Kleinstaufgaben, deren Entlohnung anhand fixer Beträge erfolgt, als auch um qualifizierte Tätigkeiten wie Designarbeiten, deren Verdienst deutlich höher ausfällt. Das Risiko der Arbeit trägt allein der Click- bzw. Crowdworker als Solo-Selbstständiger. Eine angemessene wirtschaftliche, soziale und rechtliche Absicherung besteht nicht. Click- und Crowdworking ist in Deutschland zwar meist noch ein randständiges Phänomen, dessen Bedeutung in naher Zukunft jedoch insbesondere im Dienstleistungsbereich, aber auch in der Kreativwirtschaft und wissensintensiven Arbeit zunehmen dürfte. Bei einer zukünftigen Verbreitung von Clickworkern kann diese aufgrund der im Durchschnitt geringen Verdienste und fehlenden Einbindung in die sozialen Sicherungssysteme zu einer weiteren Prekarisierung von Arbeit führen und das Phänomen der „Working Poor“ befördern. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Clickworking nicht ein Neben- sondern der alleinige Verdienst ist.

Auch aus diesem Grund sind neue Ansätze zur aktiven und passiven Einbindung hochgradig flexibler Arbeitsverhältnisse in die regulären sozialen Sicherungssysteme notwendig, um das wirtschaftliche wie persönliche Risiko derartiger Tätigkeiten nicht zu individualisieren.

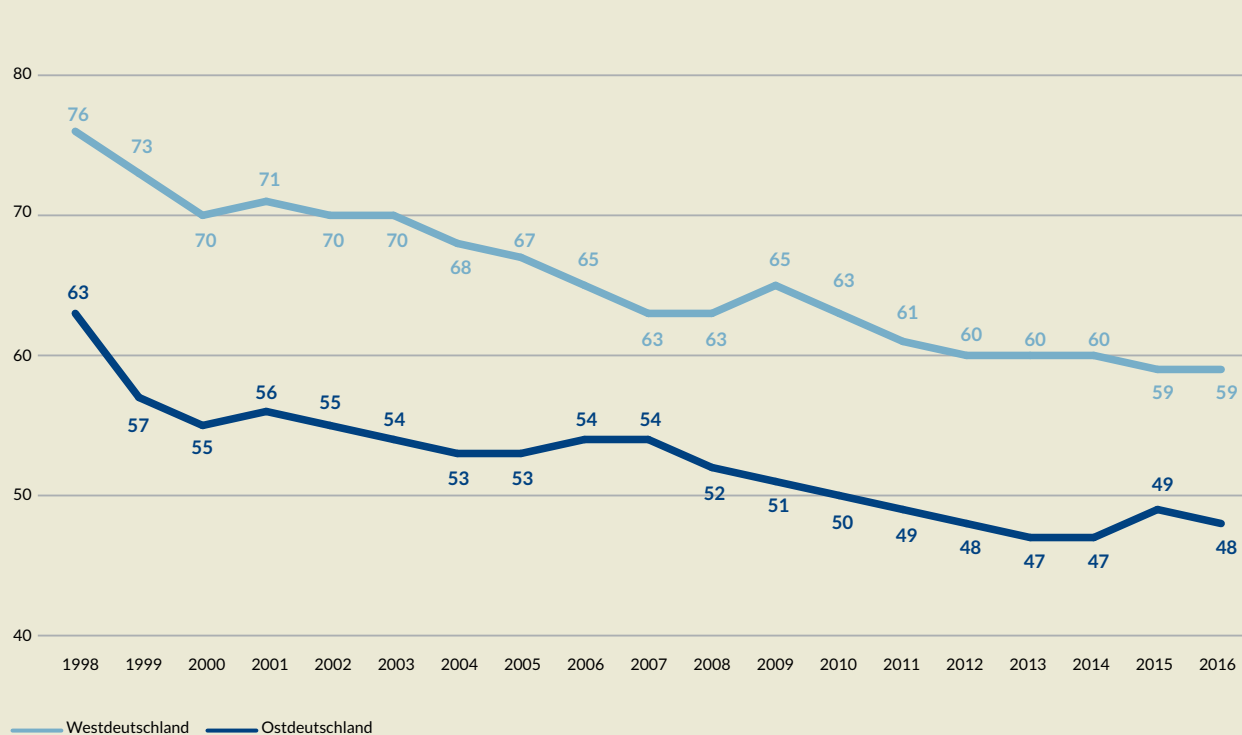
ABBILDUNG 3: Entwicklung von Bruttolöhnen und Unternehmens- und Vermögenseinkommen 1995 – 2016 (Indexdestellung, 1995: 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt (https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/08/PD17_281_12211.html)

BertelsmannStiftung

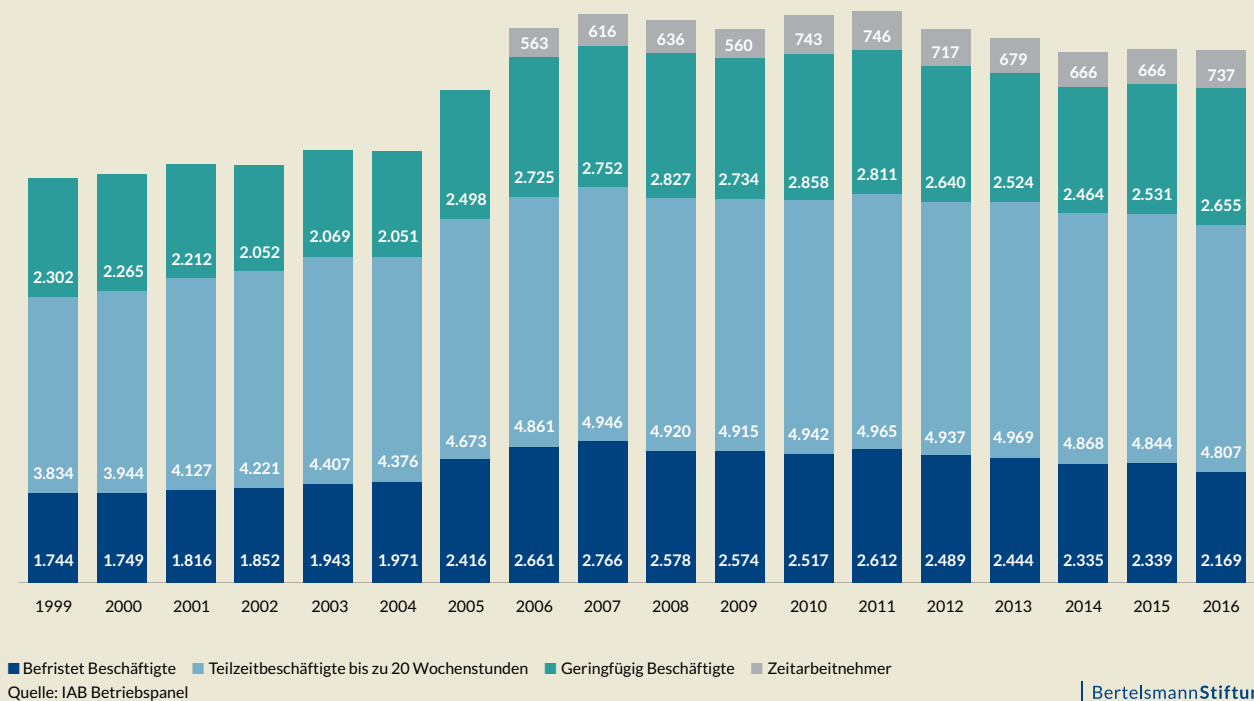
ABBILDUNG 4: Tarifbindung der Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland bis 2016 (in %)



Quelle: www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbl11a.pdf

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 5: Anzahl der atypisch Beschäftigten in Deutschland nach Erwerbsformen, 1999–2016 (in 1.000)



BertelsmannStiftung

Wenn in der öffentlichen Debatte die Position vertreten wird, dass die Digitalisierung Chancen für den Erhalt von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit bietet, muss auch dafür gesorgt werden, dass die damit einhergehenden wirtschaftlichen und sozialen Risiken – wie sie etwa in der Flexibilisierung von Arbeit bestehen – nicht auf den Einzelnen übergehen. Auch Berufstätigen, die als Crowdworker oder Solo-Selbstständige digital vermittelt, räumlich und zeitlich flexibel sowie für wechselnde Kunden tätig sind, muss der Zugang zu zukunftssichernden Strukturen und die Teilhabe an Systemen der sozialen Sicherung ermöglicht werden.

Der gesamtgesellschaftliche Reichtum nimmt aller Voraussicht nach durch die Digitalisierung zu. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Zahl derjenigen sinkt, die unmittelbar von diesem Produktivitätsanstieg profitieren. Die Digitalisierung geht also auch mit neuen Verteilungsfragen einher. Ob die „Digitalisierungsdividende“ nur Wenigen zu Gute kommt und den Druck auf dem Arbeitsmarkt für die Mehrheit der Gesellschaft erhöhen wird, oder ob sie der Mehrheit zu Gute kommt, entscheidet dabei auch über die Akzeptanz unseres Wirtschaftsmodells.

Die Soziale Marktwirtschaft verspricht soziale Absicherung in erster Linie über Beschäftigung. Neben der Sicherung dieser sozialen Flankierung von Beschäftigung muss es natürlich auch darum gehen, möglichst viele Menschen in die Erwerbstätigkeit zu bekommen. Hier gibt es eine große Lücke zwischen den Erwerbsquoten von Frauen mit Migrationshintergrund (Erwerbsquote 57,8 % im Jahr 2012) und Männern ohne Migrationshintergrund (82,4 % im Jahr 2012) (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014: 7). Stichwort erwerbstätige Frauen: Der Gender Pay Gap in Deutschland, Hauptmaß der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, lag 2014 bereinigt u. a. um Arbeitszeit- und Ausbildungsunterschiede bei sechs Prozent, unbereinigt sogar bei 21 Prozent für das Jahr 2016 (vgl. Statistisches Bundesamt 2017).

Nach wie vor ist der familiäre Hintergrund von Schülern ausschlaggebend für deren Bildungschancen. Die Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss sinken, wenn jemand aus einer Arbeiterfamilie kommt oder Migrationshintergrund hat (vgl. Bertelsmann Stiftung 2014). Laut einer DIW-Berechnung ist der Bildungshintergrund der Familie für immerhin 40 Prozent der individuellen Einkommensunterschiede verantwortlich (vgl. Schnitzlein 2013). Diese

Ungleichheit im Bildungserwerb stört die soziale Mobilität unserer Gesellschaft nachhaltig und widerspricht dem Prinzip eines funktionsfähigen (Arbeits)Marktes dadurch, dass systematisch Potenziale ungenutzt bleiben (vgl. auch Bertelsmann Stiftung 2017e). Es gibt vielfältige wirtschaftliche Argumentationen, die höhere Investitionen besonders in frühkindliche Bildung als Empfehlung formulieren. Ob nun als wirtschaftlicher Wachstumsimpuls, wie Andreas Peichl vom ZEW anführt (vgl. Pennekamp 2016), oder als Voraussetzung zum langfristigen Abbau von Ungleichheit, wie Marcel Fratzscher vom DIW konstatiert (vgl. Fratzscher 2016): Eine Verbesserung der allgemeinen Bildungschancen sorgt für mehr Wohlstand – individuell und kollektiv.

Die Bestandsaufnahme zeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft in Kernbereichen ihrer Statik herausgefordert ist: Sprunghafte und ungehinderte Monopolentwicklungen, fehlende Zukunftsinvestitionen, disruptive Digitalisierungsauswirkungen, mangelnde Generationengerechtigkeit, steigende Vermögens- und Lohnungleichheit, abnehmende Tarifbindung, Prekarisierung von Arbeit. Dies spiegelt sich auch in einem wachsenden Vertrauensverlust in das Modell der Sozialen Marktwirtschaft wider.

Gleichzeitig fehlt es bislang an einem überzeugenden politischen Narrativ jenseits pragmatischer Einzelmaßnahmen. Kann der aus der internationalen Debatte entlehnte Begriff des Inklusiven Wachstums auch der deutschen Wirtschaftspolitik Wege aufzeigen, Wachstum zu stärken und gleichzeitig das alte Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft neu zu beleben?

4 Inklusives Wachstum als Chance für eine Neujustierung der Sozialen Marktwirtschaft?

Der Begriff des Inklusiven Wachstums ist in der deutschen Debatte vergleichsweise jung. Inklusion wurde bislang eher außerhalb der Wirtschaftspolitik als die vollständige und gleichberechtigte Beteiligung aller Mitglieder einer Gesellschaft verstanden – unabhängig von ihrer Herkunft, ethnischen Abstammung, Befähigung oder sonstigen Unterschieden. Menschen sollen an allen gesellschaftlichen Prozessen gleichberechtigt teilnehmen können.

EntwicklungsökonomInnen brachten den Begriff „Inclusive Growth“ erstmals um die Jahrtausendwende auf. Dahinter steckte die Idee, Menschen, die unter absoluter Armut leiden, in die Lage zu versetzen, vom Wirtschaftsaufschwung in ihren Ländern zu profitieren. Inklusives Wachstum etablierte sich in diesem Zusammenhang als eigenständiges Konzept (Lopez 2011). In diesem Sinne nutzen internationale Organisationen wie der IWF (vgl. Anand et al. 2013) oder die Weltbank den Begriff auch heute noch (vgl. de Mello und Dutz 2012; Koch 2017; Ianchovichina und Lundstrom 2009).

In Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise tauchte „Inklusives Wachstum“ zunehmend auch außerhalb der entwicklungsökonomischen Debatte in wirtschafts- und sozialpolitischen Diskursen in entwickelten Industriestaaten auf. Denn es wurde immer deutlicher, dass die sehr grundsätzlichen Herausforderungen, die weiter oben für Deutschland und die Soziale Marktwirtschaft skizziert wurden, auch in anderen entwickelten Volkswirtschaften dazu führen, dass Wachstum heute mit der Zunahme sozialer Ungleichheit und wachsenden Risiken für vulnerable Teile der Bevölkerung einhergeht. Gleichzeitig geraten die hergebrachten Systeme und Instrumente sozialen Ausgleichs unter Druck. Und auch Wirtschaftswachstum selbst ist in starken Volkswirtschaften unter den Bedingungen einer globalisierten und digitalisierten Ökonomie nicht mehr gesichert (Klingholz und Slupina 2017).

Unter dem Rubrum „Inklusives Wachstum“ wird nun nicht nur nach Ursachen der oben beschriebenen Entwicklungen gesucht, sondern vor allem auch nach Wegen und Instrumenten, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf neue und intelligente Art zusammenzubringen. Neben der OECD (OECD 2014a; OECD 2014b) beteiligen sich heute zahlreiche internationale Organisationen und Think Tanks wie das WEF (WEF 2017; Samans et al. 2015), das Center for American Progress (2015) oder die Bertelsmann Stiftung (Bertelsmann Stiftung 2015–2017) an der Suche nach Strategien für ein Inklusives Wachstum für entwickelte Industrieländer.

In diesem Sinne operationalisiert, kann Inklusives Wachstum als Instrument dazu dienen, die Herausforderungen, vor denen die Soziale Marktwirtschaft in den vier oben beschriebenen Feldern steht, zu bearbeiten. Denn Inklusives Wachstum ist zum einen ein positives Narrativ, das im Kern auf dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft aufsetzt. Es ist völlig kongruent mit den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Stärker als das umfassende Prinzipiengerüst der Sozialen Marktwirtschaft fokussiert Inklusives Wachstum dabei jedoch auf die Dynamik des Wirtschaftsprozesses in einer offenen und spontan sich organisierenden Volkswirtschaft. Inklusives Wachstum führt zu der Frage, wie Wachstum entsteht und welche Bedingungen es fördern, aber auch wie Wachstum in Bezug zu den Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft gebracht werden kann. Kurz: Wie kommen wir zu einer neuen und anhaltenden Wachstumsdynamik und wie können bereits im und durch das Wachstum Teilhabechancen und Partizipationsmöglichkeiten vergrößert werden? Inklusives Wachstum zeichnet sich durch ein steigendes Wohlstandsniveau aus, das für alle Teile der Bevölkerung Chancen eröffnet und den erarbeiteten Wohlstand fair in der Gesellschaft verteilt und möglichst viele an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben.

Auf konkrete Politik hin orientiert sucht Inklusives Wachstum daher nach wirtschaftspolitischen Strategien und Instrumenten, die geeignet sind, ökonomische Leistungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabechancen gleichermaßen zu steigern. Diese perspektivische Verschiebung trägt durchaus an der einen oder anderen Stelle dazu bei, sich neu die Frage nach der Rolle des Staates zu stellen. Dieser kann nicht allein auf die Rolle des Wächters zurückgeschraubt werden, der Marktversagen durch Regulierung und Umverteilung korrigiert. Er muss vielmehr mit dafür Sorge tragen, dass der Wachstumsprozess selbst Ungleichheit reduziert. Damit ist auch eine Verringerung von Einkommens- und Vermögensunterschieden durch das Steuer- und Transfersystem verbunden.

Deutschland kann inklusiv wachsen. Dazu muss Politik konkrete Maßnahmen ergreifen. Es gibt unterschiedliche Handlungsfelder, auf denen auch wissenschaftlich gezeigt werden kann, dass ein Mehr an Wachstum und ein Mehr an Teilhabechancen nicht in Konflikt miteinander stehen sondern sich gegenseitig verstärken können. Mindestens fünf Fragen gehören auf die Agenda der nächsten Bundesregierung, egal welcher Couleur sie sein wird:

- Wie kann eine intelligente öffentliche Investitionsstrategie aussehen, die gezielt Menschen und Zukunftsbereiche fördert, um Wachstum zu fördern, Beschäftigungsfähigkeit zu steigern und gleichzeitig Chancengerechtigkeit zu erhöhen?
- Wie können gezielte Reformen des Zusammenwirkens von Steuern, Abgaben und Transfers aussehen, um Ungleichheit zu senken? Mit welchen Maßnahmen lassen sich Produktivitäts- und Lohnsteigerungen wieder miteinander verbinden, damit Wohlstand auch bei allen ankommt?
- Wie lässt sich Soziale Mobilität in Deutschland wieder stärken, besonders im Sinne einer Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich?
- Wie muss eine kohärente und zielorientierte Vermögenspolitik aussehen, die Vermögensungleichheit senkt und mehr Menschen an den Chancen von Wachstum beteiligt ohne sie hohen Risiken auszusetzen?
- Wie kann eine neue Gründungspolitik aussehen, die in Betracht zieht, dass das heutige Deutschland ein heterogenes Land ist?
- Wie kann eine neue Innovationspolitik aussehen, die Deutschland wieder an die Spitze der technologischen Entwicklung bringt?

Eine einfache Antwort auf die Frage, wie wir unser System des (Rheinischen) Kapitalismus als Soziale Marktwirtschaft reformieren, gibt es nicht. Doch im Land der Sozialen Marktwirtschaft sollte allen Akteuren bewusst sein, dass Wachstum und Teilhabe, die Produktivität und der Zusammenhalt der Gesellschaft stets gemeinsam gedacht werden müssen. Dem darf sich keine Partei verschließen, die die Soziale Marktwirtschaft fortschreiben will. Auch die Sozialpartner, die im Standort Deutschland mehr sehen als einen reinen Produktionsfaktor, müssen sich dem Ziel eines Inklusiven Wachstums verpflichtet sehen. Wir sollten die gegenwärtige Situation als Chance begreifen, von Grund auf zu überdenken, wie wir wachsen wollen und auf welche Weise möglichst viele Menschen von diesem Wachstum profitieren. Eine aufrichtige Debatte über Inklusives Wachstum muss der Versuch sein, das deutsche Wachstumsmodell zukunftsfähig zu machen.

5 Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft in der Übersicht

Wettbewerb und Rolle des Staates

Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft

- Marktregulierung
- Monopolkontrolle
- Preisstabilität
- Investitionen

Entwicklung

- Umfragen zeigen, dass die Marktskepsis in Deutschland im Zuge der Finanzkrise gewachsen ist.
- Immer mehr Unternehmen, v. a. im digitalen Bereich, erreichen eine quasi-monopolistische Größe (Apple, Alphabet etc.).
- Unternehmertätigkeit wird als Einkommensquelle im Schnitt immer unwichtiger, zudem ist das Gründungsinteresse der Deutschen derzeit auf einem Allzeittief.
- Der Investitionsstau insbesondere im Bereich der öffentlichen Investitionen (geschätzte 90 Mrd. Euro nach BMWi) gefährdet mittel- bis langfristig die Wettbewerbsfähigkeit.
- (...)

Aktuelle Herausforderungen

- Wo liegt die richtige Balance zwischen Marktfreiheit und Marktregulierung im Sinne gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt?
- Wie begegnet man der Herausbildung völlig neuer digitaler Monopole in der Plattformökonomie?
- Welche Maßnahmen zur Stärkung von Gründerdynamik brauchen wir?
- Welche Antworten (öffentlich und privat) kann es auf den aktuellen Investitionsstau geben?
- (...)

Eigentum und Besteuerung

Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft

- Haftung
- Rechtliche Sicherung
- Sozialbindung des Eigentums
- Progressives Steuersystem
- Eigentumsbesteuerung
- Unternehmensbesteuerung
- Umverteilung

Entwicklung

- Die umfangreichen Bankenrettungen im Zuge der Finanzkrise haben das Vertrauen und den Haftungsgrundsatz erschüttert.
- Immer öfter zeigt sich, dass unser Urheberrecht mit der Geschwindigkeit der Digitalisierung nicht mithalten kann.
- Die Sharing Economy ist in den letzten Jahren zu einem boomenden Wirtschaftsfaktor geworden.
- CSR und Soziales Unternehmertum gewinnen langsam an Bedeutung, zeitgleich entziehen sich internationale Großkonzerne vermehrt der Verantwortung.
- Ehegattensplitting, kalte Progression und fehlende Vermögenssteuer sowie die Reform der Erbschaftssteuer sind häufige Kritikpunkte am Steuersystem.
- Unternehmenssitzverlagerung werden im digitalen Zeitalter immer einfacher.
- In den kommenden 10 Jahren wird so viel Vermögen vererbt wie noch nie.
- (...)

Aktuelle Herausforderungen

- Welche automatischen Haftungs- und Sicherungsmechanismen brauchen wir, auch auf EU-Ebene, gerade im Bankensektor?
- Wie lässt sich geistiges Eigentum und Urheberrecht im digitalen Zeitalter schützen?
- Welchen Einfluss hat „Sharing Economy“ auf unsere Wirtschaftsordnung und wie lässt sie sich rechtlich gestalten?
- Mit welchen Mitteln lässt sich sowohl die gesellschaft-

liche Verantwortungsübernahme von Unternehmen als auch die gesellschaftliche Verantwortung des Eigentums erhöhen?

- Ist eine umfassendere Steuerreform im Bereich des politisch Möglichen und wenn ja, wie soll diese schlussendlich aussehen?
- Wie bekommt man internationale Steuerflucht in den Griff, besonders in der Plattformökonomie?
- Welche ökonomische und gesellschaftliche Rolle kann eine Erbschaftssteuerreform in Deutschland spielen?
- (...)

Soziale Inklusion und Beschäftigung

Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft

- Sozialversicherungssysteme
- Vermögensverteilung
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Lohnentwicklung (Zunahme und Spreizung)
- Durchlässigkeit des Bildungssystems
- Durchlässigkeit von Unternehmensstrukturen
- Sozialpartnerschaft
- Normalarbeitsverhältnis
- Inklusion benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt

Entwicklung

- Demographische Entwicklung stellt beitrags- und umlagefinanzierte Systeme vor Probleme.
- Die Vermögens- und Lohnungleichheit wird in Deutschland als steigend wahrgenommen.
- Der bereinigte Gender Pay Gap in Deutschland lag 2013 bei 7–8 Prozent, unbereinigt sogar bei 22 Prozent im Jahr 2014.
- Die Steigerung der Reallöhne in Deutschland fällt immer geringer aus, seit den 1990er Jahren gibt es fast keinen Anstieg mehr.
- Etliche Untersuchungen zeigen, dass der familiäre Hintergrund von Kindern entscheidend für ihre Schullaufbahn ist.

- Elitenforschungen belegen, dass ein klassischer Bildungsaufstieg meist im gehobenen Bürgertum endet.
- Der Anteil allgemeinverbindlicher Tarifverträge sinkt stetig.
- Von 1991 bis 2011 stieg der Anteil atypischer Beschäftigung um 86 Prozent an, während der Anteil von Normalarbeitsverhältnissen um knapp 12 Prozent zurückging.
- Es gibt eine große Lücke zwischen den Erwerbsquoten von Frauen mit Migrationshintergrund (Erwerbsquote 60 %) und Männern ohne Migrationshintergrund (83 %).
- (...)

Aktuelle Herausforderungen

- Wie können wir unsere Sozialversicherungssysteme aufrechterhalten, ohne Leistungen zu kürzen und/oder die individuelle Belastung zu erhöhen?
- Welche langfristigen gesellschaftlichen Folgen hat die Zunahme der Vermögenskonzentration in Deutschland?
- Mit welchen Anreizen, auch familienpolitischer Natur, lässt sich der Gender Pay Gap langfristig und dauerhaft schließen?
- Mit welchen Maßnahmen lassen sich Produktivitäts- und Lohnsteigerungen wieder miteinander verbinden, damit Wohlstand auch bei allen ankommt?
- Wie kann die Durchlässigkeit des Bildungssystems unabhängig von der familiären Herkunft der Kinder erhöht werden?
- Wie kann die wirtschaftliche Elite sozial heterogener und durchlässiger gemacht werden?
- Welche Rolle können Gewerkschaften im flexiblen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts spielen?
- Welche Alternativansätze brauchen wir zur sozialen Sicherung atypischer Beschäftigungsverhältnisse?
- Welche Maßnahmen können zu einer Erhöhung der Frauen- und Migrantenerwerbsquote führen?
- (...)

Ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit

Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft

- Generationengerechtigkeit
- Staatssolidität
- Ökologische Nachhaltigkeit
- Marktfähigkeit von Umwelttechnologie

Entwicklung

- Immer häufiger kommt es zu offener Kritik junger Menschen an Maßnahmen, die vorwiegend älteren Jahrgängen zugutekommen.
- Die Krise der Eurozone hat den Faktor Staatsverschuldung für die wirtschaftlichen Probleme Europas ins öffentliche Bewusstsein gerückt.
- Umweltschutz wurde zu einer der drängendsten Fragen unserer Zeit, verheerende Folgen sind bereits jetzt global zu beobachten und werden allen Prognosen nach weiter deutlich zunehmen.
- Die Energiewende bietet Deutschland die Chance, Globalisierung wirtschafts- und umweltpolitisch maßgeblich zu beeinflussen.
- (...)

Aktuelle Herausforderungen

- Wie lässt sich sicherstellen, dass langfristig möglichst alle Menschen von staatlichen Investitionen profitieren?
- Welcher Grad an Staatsverschuldung ist für Deutschland vertretbar, in welchem Kontext ist die Situation der Eurozone zu sehen?
- Wie kann die Umstellung auf eine nachhaltige und grüne industrielle Produktion gelingen?
- Wie können grüne Technologien auf Dauer markt- und konkurrenzfähig werden und so eine langsame, aber globale Transformation beschleunigen?
- (...)

6 Literatur

- Anand, Rahud, Saurabh Mishra, und Shanaka Peiris. „Inclusive Growth: Measurements and Determinants“. *IMF Working Paper* Mai 2013. Internationaler Währungsfonds. Washington 2013.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Schriftenreihe „Inklusives Wachstum für Deutschland“. Gütersloh 2015–2017.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Schulden- und Investitionsregel: Zwei Seiten einer Medaille?!* Inklusives Wachstum für Deutschland 7. Gütersloh 2017a.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Aus den Augen, aus dem Sinn? – Öffentliche Investitionen jenseits der Kernhaushalte*. Inklusives Wachstum für Deutschland 13. Gütersloh 2017b.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Entwicklung der Altersarmut bis 2036. Trends, Risikogruppen und Politikscenarien*. Gütersloh 2017c.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland*. Inklusives Wachstum für Deutschland 10. Gütersloh 2017d.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). „Wohlstand für alle“ *Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?* Inklusives Wachstum für Deutschland 15. Gütersloh 2017e.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Lohneinkommensentwicklungen 2020*. Gütersloh 2015.
- Bertelsmann Stiftung. *Chancenspiegel 2014*. Gütersloh 2014.
- Buchheim, Christoph. „Zukunft des Sozialstaats. Soziale Marktwirtschaft“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (141) 21.6.2007. 9.
- Budras, Corinna. „Die Macht im Internet: Müssen Google und Facebook gezähmt werden?“ *FAZ Online* 17.8.2014. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/netzwirtschaft/kartellamts-gutachten-zur-marktmacht-von-google-und-facebook-13102031.html.
- Bundesagentur für Arbeit. *Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer Oktober 2014. Analytikreport der Statistik*. Nürnberg 2014. 7.
- Bundesregierung (2016). *Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland*. Bundesregierung. Berlin.
- BMWi Expertenkommission. „Stärkung von Investitionen in Deutschland“. *Bericht der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel*. Berlin 2016.
- Center for American Progress (2015). *Report of the Commission on Inclusive Prosperity*. Center for American Progress. Washington D. C.
- De Mello, Luiz, und Mark Dutz (Hrsg.) (2012). *Promoting inclusive growth: Challenges and policies*. OECD. Paris 2012.
- Dettmer, Markus, und Michael Sauga. „Moderne Sklaverei“. Interview mit Reiner Hoffmann. *Der Spiegel* 34 2014.
- Deutsche Bundesbank. *Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014. Monatsbericht März 2016*. Frankfurt am Main 2016. 61–86.
- Deutscher Bundestag (2013). *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft*. Berlin.
- Deutscher Gewerkschaftsbund. „Licht und Schatten im Beschäftigungssystem – Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den letzten 20 Jahren“. *Arbeitsmarkt aktuell* 02 2012. www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Dokumente/Licht%20und%20Schatten.pdf.
- Dörr, Julian, und Nils Goldschmidt. „Share Economy: Vom Wert des Teilens“. *FAZ Online* 2.1.2016. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/share-economy-vom-wert-des-teilens-13990987.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.
- Eucken, Walter. *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Tübingen 1952.
- EZB (Europäische Zentralbank). „EZB kündigt erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten an“. *Pressemitteilung*. 22.1.2015. www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2015/html/pr150122_1.de.html.

- Fratzscher, Marcel. „Wohlstand für wenige“. *FAS Online* vom 19.3.2016. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/fratzscher-mehr-steuern-sind-nicht-die-loesung-gegen-ungleichheit-14121273.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.
- Friedrichs, Julia. „Eine Klasse für sich“. *ZEIT Magazin* 11 2015.
- Günther, Eberhard. „Christliche Soziallehre und soziale Marktwirtschaft. Aus der Sicht eines Wirtschaftspraktikers“. *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* (11) 1970. 45–61.
- Ianchovichina, Elena, und Susanna Lundstrom, Susanna. „Inclusive Growth Analytics. Framework and Application“. *Policy Research Working Paper* 4851. Weltbank. Washington 2009.
- Jahberg, Heike. „Edeka darf Kaiser’s Tengelmann übernehmen: Regierungsberater tritt nach Gabriels Erlaubnis zurück“. *Tagesspiegel Online* 17.3.2016. www.tagesspiegel.de/wirtschaft/edeka-darf-kaisers-tengelmann-uebernehmen-regierungsberater-tritt-nach-gabriels-erlaubnis-zurueck/13333588.html.
- Klingholz, Reiner. „Deutschlands demografische Herausforderungen. Wie sich unser Land langsam aber sicher wandelt“. Discussion Paper 18. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2016.
- Klingholz, Reiner, und Manuel Slupina. „Was tun, wenn das Wachstum schwindet? Warum auf Staat, Bürger und Wirtschaft eine neue Normalität zukommen könnte“. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2017.
- Köcher, Renate. „Das Verantwortungsgefühl der Oberschicht“. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 19.2.2015.
- Koch, Moritz (2017). „Christine Lagarde: Die Natur lässt kein Vakuum zu“. *Handelsblatt* 12.6.2017.
- Lopez, J. Humberto (2011). Pro-poor growth: a review of what we know (and of what we don’t). *The World Bank (PRMPR)*. Washington D. C.
- Mason, Paul. *Postcapitalism. A Guide to our Future*. London 2015.
- Mazzucato, Mariana. *The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths*. London 2013.
- Müller-Armack, Alfred. „Soziale Marktwirtschaft“. *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*. Stuttgart 1956. 390.
- OECD. *All on Board: Making Inclusive Growth Happen*. OECD Paris 2015.
- OECD (2014a). *All on Board. Making Inclusive Growth Happen*. OECD. Paris.
- OECD (2014b). *Report on the OECD Framework for Inclusive Growth*. OECD. Paris.
- Paunov, Caroline, und Dominique Guellec. *Digital Innovation and the Distribution of Income. Contribution to the NBER CRIW Conference on Measuring and Accounting for Innovation in the 21st Century*. Paris 2017.
- Pennekamp, Johannes. „Schadet Ungleichheit dem Wachstum wirklich?“ *FAZ Online* 20.3.2016. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/ungleichheit-und-wirtschaftswachstum-14128936.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.
- Piketty, Thomas. *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München 2014.
- Rifkin, Jeremy. *Die Null-Grenzkosten Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*. Frankfurt 2014.
- Samans, Richard, Jennifer Blanke, Gemma Corrigan und Margareta Drzeniek. „Benchmarking Inclusive Growth and Development“. *World Economic Forum Discussion Paper* 1 2015. Weltwirtschaftsforum. Davos 2015.
- Schmidt, Sarah, und Sebastian Strube. „Digitale Tagelöhner: Wie das Netz die Arbeit verändert“. *SZ Online* 13.3.2015. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/digitale-tageloehner-wie-das-netz-die-arbeit-veraendert-1.2375232.
- Schnitzlein, Daniel. „Wenig Chancengleichheit in Deutschland: Familienhintergrund prägt eigenen ökonomischen Erfolg“. *DIW Wochenbericht* 4 2013. www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.414565.de/13-4-1.pdf.
- Schroeder, Wolfgang. *Die Herausforderungen der Gewerkschaften im 21. Jahrhundert. Kasseler Diskussionspapiere* 13. Universität Kassel. Kassel 2014.

-
- Shupe, Cortnie. (2012): „Die Vermessung der modernen sozialen Marktwirtschaft“. *Policy Brief* 2012/04. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2012. 3.
- Statista. *Haben Sie von der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eine gute Meinung oder keine gute Meinung?* Hamburg 2017. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/77126/umfrage/meinung-zur-sozialen-marktwirtschaft-in-deutschland/>.
- Statista. *Umfrage zur gerechten Verteilung wirtschaftlicher Gewinne in Deutschland 2014*. Hamburg 2015. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/459459/umfrage/umfrage-zur-gerechten-verteilung-wirtschaftlicher-gewinne-in-deutschland/>
- Statistisches Bundesamt. „Drei Viertel des Gender Pay Gap lassen sich mit Strukturunterschieden erklären“. *Pressemitteilung*. 14.3.2017. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/03/PD17_094_621.html.
- Statistisches Bundesamt. „Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Unterschied wirklich?“. *STATmagazin* 19.3.2013. www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/VerdiensteArbeitskosten/2013_03/PDF2013_03.pdf?__blob=publicationFile.
- Streeck, Wolfgang. „Wie wird der Kapitalismus enden?“. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3 2015. 99–111.
- Tietmeyer, Hans. „Soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Entwicklungen und Erfahrungen“. *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*. Freiburg 2010.
- Van Suntum, Ulrich, Tobias Böhm, Jens Oelgemöller und Cordelius Ilgmann. *Eine verantwortungsvolle Marktwirtschaft. Prinzipien und Grundlagen*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2012.
- Wehler, Hans-Ulrich. *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949–1990*. München 2008. 73–76.
- WEF World Economic Forum (2017). *The Inclusive Growth and Development Report 2017*. Genf 2017.
- Alle Links wurden, sofern nicht anders angegeben, am 09.01.2018 überprüft.

Die Serie „Inklusives Wachstum für Deutschland“

Band 1: **Wachstum im Wandel.** Zehn Konfliktfelder wirtschaftlichen und sozialen Wandels in Deutschland

Band 2: **Das Potenzial der heterogenen Gesellschaft nutzen.** Migrantenunternehmen als Motor inklusiven Wachstums

Band 3: **Zukunftsinvestitionen.** Empirische Befunde zur Wirkung öffentlicher Ausgaben auf inklusives Wachstum

Band 4: **Zukunftswirksame Ausgaben der öffentlichen Hand.** Eine infrastrukturbezogene Erweiterung des öffentlichen Investitionsbegriffs

Band 5: **Migrantenunternehmen in Deutschland zwischen 2005 und 2014.** Ausmaß, ökonomische Bedeutung, Einflussfaktoren und Förderung

Band 6: **Neue Gründer hat das Land!** Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund gründen Unternehmen in Deutschland. Das ist gut so.

Band 7: **Schulden- und Investitionsregel:** Zwei Seiten einer Medaille?!

Band 8: **Ein Staatsfonds für Deutschland?** Grundüberlegungen und internationale Vorbilder



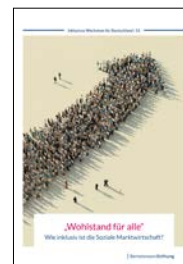
Edition 9:
Grundbedürfnisse und Teilhabe in Deutschland: Wer kann sich was leisten? (in German only)
Veränderungen von Einkommen und Konsumausgaben



Band 14:
Grenzbelastungen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem: Fehlanreize, Reformoptionen und ihre Wirkungen auf inklusives Wachstum



Edition 10:
Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland (in German only)



Band 15:
„Wohlstand für alle“
Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?



Band 11:
Ökonomische Resilienz: Schlüsselerfahrungen für ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild?



Band 16:
Wie inklusiv ist Wachstum in Deutschland?
Aspekte sozialer und generationaler Teilhabe sowie wirtschaftliche Dynamik



Band 12:
„Building Resilience“
Ein Vergleich von acht OECD-Ländern



Band 17:
Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland



Band 13:
Investitionen der öffentlichen Hand: Die Rolle der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen



Band 18:
Technological Innovation and Inclusive Growth in Germany (in English only)

Unsere Ziele

„Inklusives Wachstum für Deutschland“ ist eine Publikationsreihe aus dem Programm „Nachhaltig Wirtschaften“ der Bertelsmann Stiftung. Deutschland geht es aktuell wirtschaftlich gut. Doch das Wachstum der letzten Jahre ist nicht inklusiv: Ungleichheiten zwischen Menschen, Generationen und Regionen nehmen zu. Um das Erfolgsmodell

Soziale Marktwirtschaft fit für die Zukunft zu machen, muss neu über den Zusammenhang zwischen Wachstum und gesellschaftlicher Teilhabe nachgedacht werden. Die Reihe trägt mit Analysen, Konzepten und Empfehlungen zu dieser notwendigen Debatte bei.

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Sie versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Stiftung ist unabhängig und parteipolitisch neutral.

Inclusive Growth
[www.bertelsmann-stiftung.de/
inklusives-wachstum](http://www.bertelsmann-stiftung.de/inklusives-wachstum)
**Blog: New Perspectives on Global
Economic Dynamics**
<http://ged-project.de>
Sustainable Governance Indicators
www.sgi-network.org
Twitter: [https://twitter.com/
BertelsmannSt](https://twitter.com/BertelsmannSt)
Facebook: [www.facebook.com/
BertelsmannStiftung](http://www.facebook.com/BertelsmannStiftung)

Impressum

© Januar 2018,
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Armando García Schmidt
Bertelsmann Stiftung
[Armando.GarciaSchmidt@
bertelsmann-stiftung.de](mailto:Armando.GarciaSchmidt@bertelsmann-stiftung.de)

Autoren

Manuel Gath und Dr. Bastian Jantz,
Das Progressive Zentrum
Armando García Schmidt,
Bertelsmann Stiftung

Design

Dietlind Ehlers

Bildnachweis

Getty Images/iStockphoto/Nikada

ISSN 2365-8991

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Armando García Schmidt
Programm Nachhaltig Wirtschaften
Telefon +49 5241 81-81543
armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de